



Guatemalanetz Bern

Guatemala-Stadt, April 2015

### **Notizen eines deutschen Anwalts in Guatemala**

Das Guatemalanetz Bern hat mich gebeten, an dieser Stelle regelmässig aus Guatemala zu berichten, die Situation der Menschenrechte und die sozialen Konflikte des Landes zu analysieren und manchmal auch einfach eine Geschichte zu erzählen. Ich will das gerne tun, glaube aber, dass es Sinn macht, dieses Mal erst einmal eine Basis dafür zu schaffen, dass das, was ich dann ab und an in die Schweiz schicke, besser verstanden werden kann. Ich bin Anwalt, arbeite in der internationalen Juristenkommission und im Anwaltsbüro für Menschenrechte, das sich auf die Vertretung von Opfern und die Verteidigung ihrer Rechte spezialisiert hat, seien es Opfer des internen bewaffneten Konfliktes von 1960 - 1996, Opfer der aktuellen Repression und Kriminalisierung durch den Staat oder Opfer der alltäglichen Gewalt und Ungerechtigkeiten. Allerdings versuchen wir vor allem solche Fälle zu übernehmen, die das Potenzial haben, Veränderungen im System zu provozieren. Wir nennen das *litigio estratégico* und meinen damit, dass wir verschiedene Fälle strategisch bündeln. Ich werde in den nächsten Monaten auch von solchen Fällen berichten und schreibe heute vor allem zur augenblicklichen Situation der Justiz, da es dieses System ist, in dem die Rechte der Opfer entweder verteidigt und realisiert oder schlichtweg verkauft und verraten werden.

Diese Zeilen schreibe ich Ende März 2015. Wir befinden uns in einem Wahljahr, in dem verschiedene Sektoren der Gesellschaft vor allem eins vereint: Sie haben keine Hoffnung, dass die Wahlen eine wirkliche Änderung bringen. Alle aussichtreichen Parteien werden als korrupt eingeschätzt, ohne Vision für das Kollektiv „Gesellschaft“; und auch der Teil der Bevölkerung, der seine kritische Stimme erhebt und Widerstand gegen Grossprojekte leistet, macht sich keine Illusionen, dass der Ausverkauf ihres Landes oder ihre eigene Kriminalisierung durch eine dieser Parteien beendet wird. Die Verfolgung des Widerstandes nimmt ständig zu und wir sehen diese Entwicklung täglich an den ins Büro hereinkommenden Fällen. Auch darüber werde ich in den kommenden Monaten berichten.

Der entscheidende Punkt zur Durchsetzung von Recht ist die Unabhängigkeit der Richter. Das setzt Gewaltenteilung voraus und ein Justizsystem, dass diese Unabhängigkeit auch der individuellen RichterInnen verteidigt. Die Gewaltenteilung steht in Guatemala nur auf dem Papier, zumal der Kongress die Obergerichte und ihre Zusammensetzung letztlich bestimmt; aber auch die individuelle Unabhängigkeit ist nichts anderes als ein Diskurs. Nach dem historischen Völkermordprozess gegen Ríos Montt haben die wirtschaftlichen Eliten, die Militärs und alle anderen, die Interesse an der Kontrolle der Justiz haben, die Reihen geschlossen und im 2014 gefügige OberrichterInnen ernannt. Unabhängige RichterInnen sollten einen Prozess ohne ausdrückliche Genehmigung von oben nicht noch einmal führen können. Der politische Preis für die Annullierung des Urteils gegen Ríos Montt

durch das Verfassungsgericht im Jahr 2013 war den Eliten zu hoch. Das „Übel“ sollte deshalb an der Wurzel gepackt werden. Auch darüber werde ich sicher noch berichten können.

Das wiederum führt aktuell dazu, dass diejenigen RichterInnen, die unabhängig agieren und die Fortschritte der letzten Jahre ermöglicht haben, unglaublich unter Druck stehen. Es wird Druck auf einzelne gemacht, anderen wird Geld oder beruflicher Aufstieg angeboten und wieder andere durch Drohungen gefügig zu machen versucht. Aktuell hagelt es Strafanzeigen von ultrarechter Seite gegen diese RichterInnen und StaatsanwältInnen, was das Klima bestimmt und ihre Reihen lichtet. Der Druck ist enorm, viele fühlen sich sehr alleine, so dass viele unserer Aktionen auch darauf gerichtet sind, solche RichterInnen zu unterstützen. Der ehemalige Präsident der Strafkammer des obersten Gerichts, Cesar Barrientos, war 2014 Opfer einer solchen Kampagne geworden und hat sich am Schluss das Leben genommen; die Generalstaatsanwältin Claudia Paz y Paz war zeitgleich aus dem Amt gejagt worden, 7 Monate vor Ablauf ihres Mandats und als erklärtermaßen erfolgreichste Generalstaatsanwältin, seit es das Amt gibt.

Diese Säuberung des Systems wird von Versuchen begleitet, die internationale Kommission gegen die Straffreiheit (CICIG) aus dem Land zu komplimentieren. Sie wurde 2007 auf Grund einer Vereinbarung zwischen der UNO und Guatemala eingerichtet und hat das Mandat, klandestine Apparate und illegale Strukturen, die innerhalb des Staates arbeiten, aufzulösen. Sie ist unabhängig und diejenigen, die Dreck am Stecken haben, wollen die Garantie, dass ihr Mandat nicht über August 2015 hinaus verlängert wird. Im Augenblick gibt es erheblichen Druck der internationalen Gemeinschaft und vor allem der USA auf die Verlängerung des Mandats hin, aber die Widerstände sind erheblich. Die Zivilgesellschaft verteidigt die CICIG und die Verlängerung ihres Mandats, weil praktisch nur sie vom „Frühling der Justiz“ zwischen 2009 und 2013 übrig geblieben ist. Auch über diesen Frühling werde ich sicher noch schreiben können.

Und trotzdem gibt es auch positive Bewegung im System. Am 19.3., dem Jahrestag des Beginns des Prozesses gegen Ríos Montt, eröffneten wir eine Veranstaltungsreihe unter dem Gesamttitel „Straflosigkeit, richterliche Unabhängigkeit und professionelle Ethik im Strafprozess“; das konkrete Thema dieses Tages lautete: „Der Staatsterrorismus und seine Folgen für Opfer und Gesellschaft“. Das sind provozierende Titel und trotzdem kamen 300 Personen, darunter 80 Richter und Richterinnen. Allein diese Tatsache zeigt, dass es auch der beschriebenen Situation gegenüber kritische RichterInnen und Staatsanwälte gibt, deren Unabhängigkeit verteidigt werden muss, um Fortschritte wieder zu ermöglichen.